

Wenig Kammer-Rückhalt bei fraglichen GKK-Forderungen

Glaubwürdigkeitsproblem

Die Welt des Hausarztes spielt sich nicht auf einer Insel der Seligen ab, sondern wird immer mehr den rauen Winden der Politik, aber auch der „Juristerei“ ausgesetzt. Irgendwie waren wir es lange Zeit gewohnt, zumindest von einem Teil unserer Patienten als „Götter in Weiß“ betrachtet zu werden, und sonst genossen wir in der Öffentlichkeit sog. „hohes Sozialprestige“, d.h. wir waren eigentlich größtenteils hoch geachtet.

Nun hat sich seit einigen Jahren die Politik in den Kopf gesetzt, infolge „leerer Kassen bei den Krankenkassen“ und gleichzeitig einem aufkeimenden Turbokapitalismus bei starken Globalisierungstendenzen am bestehenden Gesundheitssystem ganz kräftig zu rütteln. Dabei setzte sie dieselben Mittel ein, wie sie im schmutzigen Geschäft der Partei-

samt etwa 70 hochbezahlte Juristen befinden, deren Aufgabe es u.a. wäre, den Ärztestand vor unzulässigen Verunglimpfungen von außen zu schützen und laufend Konzepte zwecks juristischer Absicherung zu entwickeln, die es uns Ärzten ermöglichen, wenigstens unsere eigene Tätigkeit „ohne Bauchweh“ durchführen zu können – bzw. im günstigen Fall dafür zu sorgen, dass man legal den Handlungsspielraum erweitern könnte.

Dazu bräuchte man sich nur die Apothekerkammer ansehen, die mit weit geringerem Aufwand es geschafft hat, dass ihre Mitglieder weiter einen in Europa einmaligen Gebietsschutz bei einmalig hohen Margen genießen, fast schon nach Belieben in ärztliches Territorium vordringen, sich – sehr öffentlichkeitswirksam – als „die Gesund-

heitsexperten“ darstellen, und nebenbei auch noch allmählich die letzten Mohikaner der Hausapotheken schlucken.

Ein noch ziemlich aktuelles Beispiel über den traurigen Output „unserer“ Rechtsabteilung lieferte das Präparat Tamiflu® – oder genauer gesagt die Tatsache, dass zahlreiche Kollegen von der Wiener Gebietskrankenkasse angeschrieben wurden mit einer Regress-Forderung für Rezepte, die sie im Jahr 2005 ausgestellt hätten (außerhalb der offiziellen „Grippe-Saison“) bzw. der Ankündigung, dass der ausstehende Betrag automatisch einbehalten werde.

Wie wäre die korrekte Vorgangsweise gewesen?

Im Jahr 2005 war noch der Apotheker dafür zuständig zu überprüfen, ob ein Kassenrezept korrekt

Kommentar



Foto: Archiv

von Dr. Manfred Weindl

ausgestellt war bzw. ob eine gültige Chefarzt-Bewilligung vorlag – im negativen Fall hätte er einfach von der GKK seine Rechnung nicht bezahlt bekommen (sondern den Hinweis, er möge das Geld beim Patienten einfordern). Dass die GKK auf die Idee kommt, einhalb Jahre später das Geld, das sie den Apothekern bezahlt hat, bei den Ärzten rückzufordern, kann nur als bewusste Provokation auf-

politik nun einmal üblich sind – also Verunglimpfung des Gegners, konzertierte Meinungsmache über die Medien, alle möglichen juristischen Tricks über Verordnungen zur gezielten Weichenstellung, bewusste Einbindung von repräsentativen „Überläufern“ zur Manipulation des Publikums etc. – und die bisherige Reaktion der Ärzteschaft darauf? Wehleidiges Aufheulen; Nicht-Verstehen-Können, wie uns solche Ungerechtigkeit widerfahren kann; ein Aufschrei, wir müssten etwas dagegen tun.

Da es nicht die Aufgabe des einzelnen Arztes sein kann, sich eine professionelle PR-Strategie im Sinne des Standes auszudenken und umzusetzen, fällt dies eindeutig der offiziellen Standesvertretung – die von den (Zwangs-)Mitgliedern ausreichend bezahlt wird – zu. Keinem Kollegen würde der Gedanke kommen, dass sich im Bereich der ärztlichen Kammern insge-

JETZT NEU:
Normohex® 0,3 mg
Wirkstoff: Moxonidin
30 Filmtabletten

Normohex®
Nur HEXAL bietet
0,3 mg Moxonidin!

Green Box
ab 1. März 2007

Arzneimittel
Ihres Vertrauens

HEXAL

Fachkurzinformation auf Seite 16

gefasst werden – oder als Test, wie unfähig oder untätig eine juristische Kammervertretung eigentlich maximal sein kann.

Der Test ist offenbar gelungen – denn die erzürnten Kollegen bekamen (außer dem wehleidigen Hinweis, dass schon so viele sich beschwert hätten) lediglich den „guten Rat“, doch die Lappalie zu bezahlen.

Frage – sollte es nicht möglich sein, für den immensen finanziellen Aufwand aus unseren Mitgliedsbeiträgen einen juristischen Beistand zu finden, der seine Aufgaben auch zu unserer Zufriedenheit erfüllt? Oder glaubt irgendwer, dass wir mit dieser Rechtsvertretung die kommenden Herausforderungen einer wahrscheinlich kommenden „amerikanifizierten juristischen Bedrohung“ in unseren Ordinationen bestehen werden?

Der Kommentar ist die Meinung des Autors und muss nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion widerspiegeln.